

Antrag

der Abgeordneten Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine, Werner Dreibus, Petra Pau und der Fraktion DIE LINKE.

Gegen die Schließung von 45 Standorten bei der Deutsche Telekom AG

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Ungeachtet der sehr guten Gewinnsituation hat die Konzernführung der Deutsche Telekom AG die Streichung von 32 000 Arbeitsplätzen angekündigt. Allein bei der T-Com sollen bundesweit 45 Call-Center-Standorte geschlossen werden. Betroffen von den Standortschließungen sind insgesamt rund 3 300 Beschäftigte. Gerade in den strukturschwachen Gebieten bedeutet das einen schweren, nicht zu kompensierenden Arbeitsplatzverlust und soziale Not der betroffenen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wie ihrer Familien. Ausbildungsmöglichkeiten würden durch die Schließung der Standorte ebenfalls zunichte gemacht.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. als – nach der Kreditanstalt für Wiederaufbau Bankengruppe – zweitgrößter Einzelaktionär der Deutsche Telekom AG darauf hinzuwirken, dass die Konzernführung der Deutsche Telekom AG und der Bereichsvorstand der T-Com ihre Entscheidung über die Schließung der 45 Call-Center-Standorte zurücknehmen;
2. ihre Strategie, öffentliche Unternehmen weiter zu privatisieren und damit von ihrem öffentlichen Auftrag zu befreien, zu revidieren und wieder verstärkt durch öffentliche Unternehmen und Investitionen die wirtschaftliche und soziale Entwicklung und Integration insbesondere strukturschwacher Gebiete zu fördern.

Berlin, den 8. März 2006

Werner Dreibus

Petra Pau

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

